



Umwelt **Wirtschaft** Medien Neue Technik Kultur

RECHERCHE
Stichwortsuche **SUCHE STARTEN**

◀◀◀ Homepage

WWW.NEUE NACHRICHT.DE **InfoLine 0800.6383622** **PROFI-RECHERCHE STARTEN**

WIRTSCHAFT**12. September 107**

- [Kommentar](#)
- [Bilddatenbank](#)
- [Buchkritik](#)
- [Termine](#)
- [Medien-Check](#)
- [Recherche](#)
- [Links](#)
- [FAQs](#)
- [ne-na intern](#)
- [Content-Partner](#)
- [Kontakt](#)

Ex-Metro-Manager erhebt schwere Vorwürfe gegen Metro-Vorstand

Verfasser: NeueNachricht

Bonn/Düsseldorf - Zur diesjährigen Hauptversammlung der Metro AG (Mittwoch, den 18. Mai in Düsseldorf) hat der frühere Top-Manager der Metro, Dr. Hannjörg **Hereth**, schwere Vorwürfe gegen den Vorstand des Handelskonzerns erhoben. Im Interview mit dem Online-Magazin NeueNachricht fordert er politische Konsequenzen aus dem Fehlverhalten von Konzernvorständen.

NeueNachricht: Die Eigentümer von Aktiengesellschaften verlieren zunehmend an Einfluss und Aufsichtsräte kommen ihren Kontrollpflichten nicht nach. Abtrünnige, die Widerworte auf Hauptversammlungen wagen und Korrekturen anmahnen, werden kaltgestellt, und der Vorstand wird fast immer mit überwältigender Mehrheit entlastet. Sie haben in den vergangenen Jahren einschlägige Erfahrungen mit ihrem ehemaligen Arbeitgeber gemacht. Was kritisieren Sie am Gebaren der Metro AG, immerhin der größte Handelskonzern Europas?

Hannjörg Hereth: Richtig ist: Die Rechte der Minderheitsaktionäre waren immer so klein gewesen wie heute. Aber es hatte einen gewissen Respekt vor der pluralistischen Zusammensetzung des Aktionariats gegeben. Davon findet sich bei Metro nichts. Mit rund 55 Prozent des stimmberechtigten Kapitals verhalten sich die Mehrheitsaktionäre Beisheim, Haniel und Schmidt-Ruthenbeck wie 100prozentige Eigentümer. 45 Prozent der Aktionäre sind entmündigt und finden sich in keinem Gremium wieder. Eine echte Kontrolle findet nicht statt. Sie ist weder gewollt noch beabsichtigt. Man ist nett zueinander. Sonst wird man von den Mehrheitsaktionären nicht wieder in den Aufsichtsrat gewählt. Ihm anzugehören bedeutet Reputation und ein nettes finanzielles Zubrot. Auch die Mitglieder der Deutschland AG haben dafür einen wachen Instinkt.

NeueNachricht: Regiert in dieser Aktiengesellschaft ein System der Selbstbereicherung und Selbstbedienung?

Hereth: Man muss notgedrungen diesen Eindruck gewinnen. Seit Ende 1998 hat der Vorstand - begleitet von Falschinformationen - Anlagevermögen von mehr als 2,5 Milliarden Euro weggegeben und verlorene Zahlungen von mehr als 550 Millionen Euro geleistet. Empfänger war in beiden Fällen eine Gesellschaft namens DIVACO. Kein Aktionär weiß, was mit diesen Vermögenswerten geschehen ist. Diese Gesellschaft hat der Vorstand Ende 2003 seinem bis Ende 1998 amtierenden Vorstandskollegen Siegfried Kaske für einen einzigen Euro "verschenkt". Ein öffentliches Bieterverfahren gab es nicht; eine vorherige Information der Aktionäre hat nicht stattgefunden. Kein Aktionär weiß, wo diese Werte geblieben sind. Metro hat somit unter den Augen des Aufsichtsrats einen drei- bis vierstelligen

NEUE NACHRICHT

Bei Anruf Service?



[Das Magazin](#)
[Bestellung](#)

Millionenbetrag verloren, an Euro wohlgerne. Hinzu kommen Aufwendungen für den Rückerwerb des nicht werthaltigen Unternehmens Adler von 340 Millionen Euro.. Das ist ein Armutszeugnis und totales Versagen des Aufsichtsrats.

NeueNachricht: Rüdiger Liedtke, Autor des Jahrbuches "Wem gehört die Republik", kommt in der Ausgabe 2005 zu folgendem Urteil über die Metro AG: "Der einst undurchsichtige, weit verschachtelte und publizitätsscheue Metro-Konzern hat sich in der Ära nach Erwin Conradi, der das Imperium im Auftrag des in der Schweiz residierenden Metro-Gründers und -Mitbesitzers Otto Beisheim von seiner Düsseldorfer Zentrale aus jahrzehntelang wie eine geheime Loge geführt hatte, zu einem modernen, transparenten und solide geführten Unternehmen entwickelt. Die Metro Group unter dem Vorstandsvorsitzenden Hans-Joachim Körber ist nach der Abgabe aller Randaktivitäten und der Fokussierung auf sechs Vertriebslinien heute ein klar strukturierter, international operierender Konzern". Teilen Sie diese Einschätzung?

Hereth: Diese Einschätzung teile ich nicht; sie ist zudem auch falsch. Zu dieser Fehlbeurteilung konnte es nur kommen, weil Metro es mit dem Druck des Anzeigenvolumens gelungen ist, dass die Presse über diese Fehlleistungen die Öffentlichkeit nicht informiert hat. Die Liste der unrichtigen Auskünfte, die der Vorstand, insbesondere Herr Dr. Körber in der Sache Divaco den Aktionären seit 2001 gegeben hat, ist lang. Sie ist nachzulesen in den Akten des Anfechtungsverfahrens vor dem Landgericht Düsseldorf gegen zwei Beschlüsse der Hauptversammlung der Metro im Mai 2003, außerdem in den Akten zur Strafanzeige gegen Dr. Körber und andere Verantwortliche, die ich schließlich bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf als letzten Ausweg gestellt habe.

NeueNachricht: Sie sprechen vom Betrug am Aktionär, ja sogar vom Betrug am Staat. Wer profitiert im Hintergrund, welcher Schaden ist entstanden?

Hereth: Der Verdacht des Betrugs am Aktionär und der Untreue liegt auf der Hand. Dass aber auch der Staat geschädigt wird, und zwar gegebenenfalls betrügerisch, wird allgemein übersehen. Der Vorstand der Metro AG versucht sich damit zu entlasten, dass der Schaden "nach Steuern" um rund 40 Prozent geringer sei als der Betrag des Bruttoschadens, dass heißt "vor Steuern". So die Vorstände Dr. Körber und Thomas Unger in der Hauptversammlung im Juni 2004. Es wird völlig außer Acht gelassen, dass ohne die schädigenden Handlungen der Gewinn der Gesellschaft um die entsprechenden Beträge höher gewesen wäre und dass damit der Staat eben diesen Betrag als seinen legitimen Anteil an diesem Gewinn erhalten hätte. Das heißt aber: Solche Exzesse müssten von Amts wegen auch unter dem Gesichtspunkt einer vorsätzlichen Steuerverkürzung untersucht werden. Ein weiterer Aspekt ist die verdeckte Gewinnausschüttung mit allen steuerlichen Folgen, die in der Begünstigung von Personen liegt, die Gesellschaftern und/oder Organen der Gesellschaft nahe stehen. Indem über diese Umstände pflichtwidrig falsch informiert wird, kann auch dadurch vorsätzliche Steuerverkürzung begangen werden.

NeueNachricht: Was müsste aktien- und strafrechtlich geschehen, um die Interessen der Ihrer Meinung nach geschädigten Metro-Aktionäre zu wahren?

Hereth: Die Neue Zürcher Zeitung hatte schon vor drei Jahren angesichts der Kultur der Geringschätzung der Minderheitsaktionäre durch arrogante Gesellschaftsorgane gefragt, wo denn der Aufstand dieser Aktionäre bleibe. Die Frage stellt sich auch in Deutschland. Man könnte sie auch an anderen Gesellschaften als der Metro AG festmachen, wenn auch bei weitem nicht so krass. Tatsächlich ist die Problematik zu ernst, als dass sie Kräften des faktischen

"Aufstands" überlassen werden dürfte. Die bekannt gewordenen Reformvorschläge aus den Reihen der SPD führen allerdings nicht zu einer Revitalisierung der Marktwirtschaft. Entscheidend ist die Stärkung des Eigentumsprinzip, besonders bei Aktiengesellschaften. Am Beispiel der Metro AG erkennt man schnell, dass die SPD-Pläne für ein internationales Steuerregister, europäisch abgestimmte Mindeststeuern oder eine schnelle Überführung der gesetzlichen Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung völlig am Problem der Konzern-Exzesse vorbei gehen.

Was aber geschehen sollte, ist:

Die Kontrollrechte und Anfechtungsrechte der Minderheitsaktionäre müssen gestärkt werden. Die derzeitige Aktienrechtsnovelle hat in Verkennung der Situation genau das Gegenteil getan.

Die Minderheitsaktionäre müssen zwingend im Aufsichtsrat vertreten sein. Und zwar nicht durch Vertreter sogenannter Aktionärs-Schutzvereinigungen. Diese haben sich selbst disqualifiziert und treten in Hauptversammlungen durch Schönreden hervor. Sie sind sozusagen heute Teil des Systems. Kein Vorstand fürchtet ihre Fragen.

Organe müssen für den Vermögensschaden zur Verantwortung gezogen werden, der durch vorsätzliche, aber auch grob nachlässige Wahrnehmung Ihrer Pflichten entsteht. Entsprechendes gilt für Abschlussprüfer.

Es müsste, je nach Zugehörigkeit zum Dax 30, M-Dax oder S.-Dax ein schnelles Einschreiten durch die entsprechende Wertpapierbörse und das Bundesamt für Finanzaufsicht bei Verletzung wesentlicher Berichtspflichten und der Vorlage falscher Abschlüsse vorgesehen sein. Sanktionen könnten sein: Vorübergehende oder endgültige Entlistung; Untersagung der Wahrnehmung von Vorstandsaufgaben temporär oder endgültig, ähnlich der Zuverlässigkeitsprüfung bei Bankvorständen.

Die Staatsanwaltschaften müssten unter dem Gesichtspunkt der Untreue einschreiten, wenn sie dienstlich Kenntnis erhalten, dass Gesellschaftsmittel eingesetzt werden, um gegen kritische Gesellschafter vorzugehen. Auch das gibt es bei Metro. Es ist ein Missbrauch der Möglichkeit, über Geld der Gesellschaft zu verfügen, der rigoros unterbunden werden muss, wenn – wie im Fall Metro – der Aufsichtsrat davor die Augen verschließt und sich unfähig erweist, dagegen einzuschreiten. Bei allem. Gerechtigkeit hat auch einen Zeitfaktor. Wenn nicht schnell gegen Missbräuche vorgegangen wird, hat es dieselbe Wirkung, wie wenn gar nichts geschieht.

Zur Person: Dr. Hannjörg **Hereth** war 23 Jahre für die Metro-Gruppe tätig. Neben der Aufgabe als Vizepräsident der Generaldirektion der Metro Holding AG, Baar/Schweiz trug er die Verantwortung als exekutives Organ von Gesellschaften der Metro-Gruppe in diversen Ländern, unter anderem mit den Schwerpunkten Schweiz, Deutschland, Italien, Frankreich, Dänemark, Österreich, Hongkong, USA und Brasilien. Er ist Gründer und Veranstalter eines Musikfestivals in Südfrankreich unter der Schirmherrschaft des Dänischen Königshauses.

Für Rückfragen:
Redaktion NeueNachricht
Tel: 0228 – 620 44 74
Mobil: 0177 – 620 44 74
Fax: 0228 – 620 44 75

E-Mail: medienbuero@sohn.de

[zurück](#)